

N i e d e r s c h r i f t

JHA/018/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 16.08.2007**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Norbert Dörnhoff CDU

Mitglieder:

Herr Achim Bietmann SPD

Herr Raphael Bögge CDU

Frau Christel Brachmann CDU

Herr Josef Feismann

Herr Frank Hemelt SPD

Frau Ingrid Klammann

Herr Hermann-Josef Kohnen CDU

Frau Monika Lulay CDU

Herr Axel Rogowski

Herr Carsten Timpe

Frau Waltraud Wunder SPD

beratende Mitglieder:

Frau Susanne Grotschulte

Vertreter:

Frau Sylvia Egelkamp		Vertretung für Herrn Jürgen Rick
Herr Florian Elixmann	CDU	
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Siegfried Mau

beratende Mitglieder:

Frau Marlies Holtel	FDP
Herr Harald Klammann	
Herr Bernhard Mersch	
Herr Ludger Schöpfer	

Verwaltung:

Herr Hubert Lammerding	Vertretung für Herrn Manfred Kösters
------------------------	---

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils schlägt der Vorsitzende Herr Dörnhoff vor, die Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils abzusetzen. Der Jugendhilfeausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Auf Vorschlag der Verwaltung wird der TOP 5 Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan ebenfalls abgesetzt.

Öffentlicher Teil:**1. Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung am 9. Mai 2007**

Herr Bietmann bittet darum, der Niederschrift die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt und den Vortrag über die Ergebnisse der Bertelsmannstiftung beizufügen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 9. Mai 2007 gefassten Beschlüsse

Frau Ehrenberg berichtet, dass die gefassten Beschlüsse ausgeführt sind. Eine gesonderte Berichterstattung erfolgt nicht.

3. Informationen

I/A/0330

Frau Ehrenberg verweist auf die schriftlich vorliegenden Informationen. Sie informiert den Ausschuss darüber hinaus über folgende Themen.

Stand und Ergebnis Sprachfeststellungsverfahren

Die Sprachförderung soll konkret beginnen mit dem Kindergartenjahr. Die inhaltliche Verantwortung für die Sprachfördermaßnahmen liegt bei den Trägern der Kindertageseinrichtungen. Für die Kinder, die die Tests noch nicht durchlaufen haben, in Rheine sind das 15 Kinder, ist die Sprachförderung in den Familienzentren angedacht. Diese soll spätestens nach den Herbstferien 2007 beginnen.

Das bisherige Ergebnis des Verfahrens in Rheine ist wie folgt beziffert:

Zu testende Kinder insgesamt	730
Eingeladen zur 2. Stufe	309
Kein Förderbedarf	167
Förderbedarf festgestellt	127
Bisher nicht getestet	15

Beendigung der Prüfungstätigkeit durch Herrn Brüning beim Jugend- und Familiendienst

Der Jugend- und Familiendienst hat mitgeteilt, dass Herr Brüning, der ehemalige Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, seine seit 1989 im Auftrag des Rates ausgeübte Tätigkeit als Beauftragter der Stadt insbesondere für die Prüfung der Buchhaltung und Finanzen des Vereins aus Altersgründen aufgegeben hat.

Der Jugend- und Familiendienst hat 1989 im Zuge der Sanierung des Vereins auf Forderung der Volksbank und der Stadtsparkasse einen Wirtschaftsbeirat in die Satzung aufgenommen. Dieser Wirtschaftsbeirat hatte sich bereits 1993 auf Vorschlag der beiden beteiligten Banken aufgelöst, da sie dieses Gremium für nicht mehr erforderlich hielten, nachdem Herr Brüning und Herr Neumann, die beiden vom Rat in dieses Gremium entsandten Personen, per Satzungsbeschluss des JFD in dessen Vorstand aufgenommen worden waren.

Die Verwaltung des Jugendamtes geht davon aus, dass die Mitarbeit von Herrn Neumann im Vorstand des JFD künftig die ausreichende Form der Mitwirkung der Stadt in diesem Verein sein wird. Sie ist damit vergleichbar mit anderen Vereinen, wie etwa dem katholischen Jugendwerk Rheine.

Herrn Brüning hat in seiner fast 18-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit den Jugend- und Familiendienst sehr aktiv begleitet und ganz wesentlich zum Aufbau einer soliden Finanzverwaltung des Vereins beigetragen. Er war aber auch an vielen Projekten, wie zum Beispiel den Bau des Kindergartens direkt beteiligt.

Der Jugend- und Familiendienst und damit auch die Stadt Rheine verdanken Herrn Brüning, der mitgeholfen hat, den Verein aus einer prekären

Lage zu der heute über die Grenzen Rheines hinaus anerkannten sozialen Einrichtung zu entwickeln, daher sehr viel.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

I/A/0995

Frau Grotschulte berichtet aus dem Familienbeirat.

Gespräch mit der Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder am 10.8.2007.

Gespräch mit der Landtagsabgeordneten Frau Arndt-Brauer insbesondere über das Notinselprojekt am 15.8.2007.

Beim Stadtteilwettbewerb der Stadt Rheine und der Stadtwerke Rheine hat das Projekt Notinsel einen zweiten Platz errungen und somit ein Preisgeld in Höhe von 750,00€ erhalten. Nach Eröffnung weiterer Notinseln in der letzten Woche stehen jetzt 50 Notinseln in Rheine bereit.

Im Projekt "Runder Tisch" haben sich die Eltern schwerpunktmäßig mit einzelnen Projekten der Gewaltprävention in Schulen und Kindergärten beschäftigt.

Als nächstes wollen sich die Eltern umfassend über das Thema "KiBiz" informieren. Im Rahmen der zukünftigen Wahlmöglichkeiten für Eltern halten die Vertreter des "Runden Tisches" eine intensive Aufklärung über die mit dem neuen Gesetz verbundenen Änderungen in den Tageseinrichtungen für notwendig. Parallel dazu hat der "Runde Tisch" die Teilnahme an der landesweiten Unterschriftenaktion "So nicht" unterstützt.

Die nächste offizielle Sitzung des Familienbeirates findet am 29.08.2007 statt.

Ein wesentlicher Teil der Tagesordnung wird die Neubesetzung der Positionen des/der SprecherIn und der/des stellvertr. SprecherIn des Familienbeirates sein.

5. Frühwarnsysteme in der Jugendhilfe (alt 6.) Vorlage: 342/07

I/A/1187

Herr Schöpfer führt in das Thema ein. Er weist auf die möglichen Folgen der Umsetzung hin und zwar insbesondere auf die Mehrbelastung des Allgemeinen Sozialen Dienstes und die Mehrbelastung des Jugendhilfebudgets.

Herr Hemelt bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für die Vorlage. Er verstehe die Vorlage als Einstieg in einen kontinuierlichen Prozess zur weiteren Konkretisierung des Frühwarnsystems. Neben anderen Bundes- und Landesprojekten macht er auf das Familienhebammenprojekt des Landkreises Osnabrück und das Ibbenbürener Modell aufmerksam. Seines Wissens wolle das Land NRW in nächster Zeit weitere Modellprojekte fördern.

Im Übrigen stimme die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Herr Kohlen vermisst konkrete Umsetzungsschritte und hofft, dass darüber weiterhin eine Unterrichtung des Jugendhilfeausschusses erfolgt. Er geht am Beispiel des Geschehens in Iserlohn auf die Schwierigkeiten der Beurteilung solcher Gefährdungssituationen durch Sozialfachkräfte ein und bittet darum zu überlegen, wie in Zukunft mit diesem Problem umgegangen werden könne.

Herr Reiske weist auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Notlagen und prekären Familiensituationen hin und der derzeitigen flächendeckenden Tendenz des Ansteigens der Jugendhilfekosten. Der Implementierung des Frühwarnsystems in der vorgeschlagenen Form stimme er zu.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt sodann einstimmig dem folgenden Beschlussvorschlag zu:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen zur Entwicklung eines "Frühwarnsystems" für Kinder im Alter von 0 – 3 Jahren und deren Familien, wie in der Vorlage dargestellt, zu implementieren.

6. Aktueller Stand zum Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)
(alt 7.) Vorlage: 344/07

A/I/2600 / B/I/0000

Herr Schöpfer führt in das Thema ein. Da bislang nur der Gesetzesentwurf vorliegt, fehlen konkrete Arbeitsgrundlagen nach denen man weiter verfahren könne. Er weist weiter auf ein heute eingegangenes Papier der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege hin, welches den Entwurf einer Verfahrensordnung enthalte.

Sobald konkrete Arbeitsgrundlagen vorhanden sind, wird dem Ausschuss wieder berichtet.

Frau Wunder bringt die Besorgnis zum Ausdruck, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die gesetzten qualitativen Ziele nicht erreicht werden können. Sie bittet darum, die Einwände von Trägern, ErzieherInnen und Eltern ernst zu nehmen.

Herr Kohnen kann diese Besorgnis nachvollziehen, weist jedoch auf den Paradigmenwechsel der mit diesem Gesetz vollzogen werde hin, sodass sicherlich noch viele Fragezeichen dort stünden, die erst im laufenden Prozess geklärt werden könnten.

Herr Hemelt kritisiert neben anderen Punkten insbesondere die Erhöhung der Elternbeiträge auf 19% der Betriebskosten.

Frau Ehrenberg weist auf die Schwierigkeiten hin, die durch den engen Zeitplan entstehen werden.

Frau Grottschulte erklärt, dass sie eine ausreichende Information der Eltern über die neu Rechtslage, insbesondere der damit verbundenen Regelungen bezüglich der Betreuungszeiten und der dadurch entstehenden Kosten für die Eltern, für unbedingt erforderlich halte.

Herr Bietmann erinnert an die Evaluation der Tagespflege

Sodann wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen zum Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern zur Kenntnis.

**7. Fortschreibung der Bedarfsplanung für Tageseinrichtungen für
(alt 8.) Kinder
Vorlage: 347/07**

B/I/448

Herr Schöppner führt in das Thema ein. Er erläutert, dass auf Grund der bevorstehenden Gesetzesänderung in diesem Jahr nur eine verkürzte Planung vorgelegt werden kann. Im Prinzip werden die Erkenntnisse des letzten Jahres bestätigt. Er beschreibt die Situation in den einzelnen Planbezirken.

Um weiter konkret Planen zu können, fehlen zurzeit noch Vorgaben des Landes NRW.

Nach einer Aussprache wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kindergartenbedarfsplanung zur Kenntnis. Sobald die Ausbauziele und die Höchstgrenzen im Rahmen des KiBiz durch das Land benannt sind, erfolgt die weitere Beratung im Unterausschuss "Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen" und in der Arbeitsgemeinschaft "Förderangebote in Tageseinrichtungen für Kinder".

**8. Vorstellung des Arbeitsbereichs Kinder- und Jugendschutz
(alt 9.) Vorlage: 264/07**

I/B/1070

Frau Diana Besseling stellt den Arbeitsbereich Kinder- und Jugendschutz anhand einiger Folien vor. Die Folien sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach kurzer Aussprache nimmt der Jugendhilfeausschuss den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

**9. Zwischenbericht für das II. Quartal 2007 für den Fachbereich
(alt Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit
10.) des Jugendhilfeausschusses -
Vorlage: 351/07**

I/B/1369

Herr Schöppner erläutert die Vorlage. Er weist insbesondere daraufhin, dass die positiven Ergebnisse des Projektes Reintegration und Verselbstständigung überlagert werden durch die aufgetretenen Mehrbedarfe. Ohne dies Projekt wären die Defizite noch höher.

In der darauffolgenden Aussprache wird festgestellt, dass es in Rheine im Bereich Kindeswohlgefährdung keine Jugendhilfe nach Kassenlage geben darf. Weiter wird angeregt, in den zukünftigen Haushaltsplan die Mehrbelastungen zu berücksichtigen.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Zwischenbericht für das II. Quartal 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses - zur Kenntnis.

**10. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)
(alt 11.)**

Fragen von Einwohnern liegen nicht vor.

**11. Anfragen und Anregungen
(alt 12.)**

Frau Wunder fragt an, ob es tatsächlich Praxis sei, dass von Frauen mit einer anerkannten staatlichen Ausbildung als Kinderpflegerin, die als Tagesmütter arbeiten wollen, zusätzlich ein Tagesmütterlehrgang gefordert wird.

Herr Gausmann stellt klar, dass es sich hier nur um einen Einzelfall handeln könne, der vor Umsetzung der nun geltenden Richtlinien aufgetreten ist. Normalerweise werde von Tagesmüttern mit entsprechender Ausbildung dieser Lehrgang nicht gefordert.

Ende der Sitzung:

17:30 Uhr

Name
Ausschussvorsitzende(r)

Name
Schriftführer(in)